

Antrag S-03
UB Remscheid**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisung an die Landtags- und Bundestagsfraktion**Der Landesparteitag möge beschließen:****Neue Soziale Herausforderungen bewältigen – Inflation und Energiearmut**

1 Corona, Ukraine-Krise und Energiekostenkrise - die letz-
2 ten beiden Jahre sind gekennzeichnet durch Inflation,
3 steigende Lebensmittelpreise und explodierende Ener-
4 giekosten. Für Millionen von Menschen in unserem Land
5 wird dies zu einer Existenzfrage, und wir steuern auf ei-
6 nen sozialen Konflikt zu, der die Gesellschaft vor eine
7 Zerreißprobe stellt.

8

9 Es ist zu befürchten, dass viele Menschen die steigen-
10 den Lebenshaltungskosten und Energiekosten nicht tra-
11 gen können und das Leben, das sie bisher geführt ha-
12 ben, so nicht weiterführen können. Millionen von Men-
13 schen laufen Gefahr, sich durch die steigenden Lebens-
14 haltungskosten zu verschulden und ihre Wohnungen zu
15 verlieren, wenn sie die Miete oder die gestiegenen Ne-
16 benkosten nicht mehr bezahlen können. Mieterinnen
17 und Mieter können häufig nicht voraussehen, welche
18 Mehrkosten im Frühjahr 2023 bei der Abrechnung der
19 Heizkosten auf sie zukommen. Menschen mit einem
20 Einkommen unterhalb des Durchschnitts wissen zurzeit
21 nicht, ob sie es sich leisten können, im Winter die Hei-
22 zung aufzudrehen oder ob sie lieber gleich in ungeheiz-
23 ten Räumen sitzen sollen. Vor allem Menschen mit nied-
24 rigeren Einkommen bewohnen schlecht isolierte Woh-
25 nungen mit hohen Heizkosten.

26

27 Zu den Menschen, deren soziale Existenz gefährdet
28 ist, gehören neben Rentnerinnen und Rentnern, Sozial-
29 leistungsempfängern, Studierenden, alleinerziehenden
30 Müttern auch Angehörige von Arbeitnehmerhaushal-
31 ten und kleine Selbständige. Nicht nur die klassischen
32 armutsgefährdeten Gruppen, sondern auch die untere
33 Mittelschicht ist von Armut bedroht.

34

35 Die hohe Inflation führt zu sozialen Verwerfungen. Be-
36 sonders Haushalte mit geringerem Einkommen, die ei-
37 nen großen Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel
38 und Heizung ausgeben müssen, werden von der Inflati-
39 on getroffen.

40

41 Die bisherigen Maßnahmen des Bundes erscheinen
42 wenig zielgerichtet und sind nicht geeignet, eine so-
43 ziale Absicherung der besonders gefährdeten Bevölke-
44 rungsgruppen sicherzustellen und den betroffenen die
45 Furcht vor einer existenziellen Notlage durch steigende
46 Lebenshaltungs- und Energiepreiskosten zu nehmen.

47

48 Die Bundesregierung hat versucht, durch diverse Entlastungspakete die Bürgerinnen und Bürger von den Folgen der Inflation und der Energiekostenkrise zu entlasten. Mit den ersten beiden Entlastungspaketen (beschlossen Mitte 2022) hat die Bundesregierung Erwerbstätige (300 €), Eltern von Kindern sowie vorübergehend Autofahrerinnen durch die Senkung der Mineralölsteuer unterstützt - für die breite Masse wurde noch das 9-Euro Ticket eingeführt. Rentnerinnen und Rentner gingen weitgehend leer aus und wurden erst beim letzten Entlastungspaket (September 2022) mit bedacht.

59

60 Mit dem dritten Entlastungspaket („Inflationsausgleichsgesetz“) wurde ein steigender Grundfreibetrag im Einkommensteuertarif sowie die Erhöhung des Kindergeldes beschlossen. Durch den steigenden Grundfreibetrag soll die kalte Progression abgebaut werden, die entsteht, wenn Steuerpflichtige durch Lohnerhöhungen, die die Inflation ausgleichen sollen, in einen höheren Steuertarif geraten. Privathaushalte sollen die Strommenge für einen Basisverbrauch zu einem vergünstigten Preis erhalten.

70

71 Die Entlastungspakete stehen in der Kritik, weil sie wenig zielgerichtet sind und bei den wirklich Betroffenen kaum spürbare Entlastungen ankommen. Entlastet werden aber auch Bezieher hoher Einkommen. Vor allem Unternehmen (wie z.B. Mineralölkonzerne) profitieren von der Senkung der Mineralölsteuer.

77

78 Die Einführung der Gaspreismulage (ca. 35 Mrd. €) führt zu weiteren sozialen Verwerfungen. Mit der Gaspreismulage will der Gesetzgeber Unternehmen (Gasimporteure) stützen und die dafür notwendigen Kosten an VerbraucherInnen durchreichen. Eine Familie mit einem Verbrauch von 20.000 kWh pro Jahr wird bei einer Gasumlage von 2,4 Cent eine Umlage in Höhe von 480 Euro netto zahlen. Auch die Senkung der Mehrwertsteuer führt zu keinen spürbaren Entlastungen: auch die Senkung der Mehrwertsteuerbelastung von 7 % auf die seit 2020 um das 2,5-fache gestiegenen Gaspreise führt für den Fiskus immer noch zu Steuer Mehreinnahmen gegenüber dem Stand von 2020. Anstatt die Verbraucher vor den rapiden steigenden Gaspreisen zu schützen, werden die Unternehmensrisiken diesen noch aufgebürdet.

94

95 Insgesamt erscheinen die Maßnahmen nicht ausreichend und auch nicht zielgerichtet, um sozialen Verwerfungen entgegenzuwirken. Wir brauchen Maßnahmen, die wirksam verhindern, dass Betroffene durch die Inflation sowie steigende Energiekosten in eine soziale Notlage geraten. Es müssen Sicherungen eingebaut wer-

101 den, die Bürgerinnen und Bürger bis zu einem bestimm-
102 ten Umfang nicht nur vor steigenden Stromkosten, son-
103 dern vor allem auch vor rapiden steigenden Heizkosten
104 schützen.

105

106 Ein wirksames Instrument zur Begrenzung der Heizkos-
107 ten für die Bürgerinnen und Bürger wäre ein Gaspreis-
108 deckel, durch den die steigenden Preise bis zu einem be-
109 stimmten Umfang (so z.B. 50 % des Normalverbrauchs)
110 vom Staat ausgeglichen werden. Für die Finanzierung
111 dieser Maßnahme könnten eine Übergewinnsteuer er-
112 hoben werden für Unternehmen, die in Krisenzeiten
113 Extraprofit erwirtschaften. Durch diese Maßnahmen
114 könnte auch die Inflationsrate reduziert werden. Die Ta-
115 rifverhandlungen würden sich dann auf den Ausgleich
116 der Kerninflation beschränken.

117

118 Bei Abfederung der sozialen Folgen durch die steigende
119 Inflation und die Energiepreiskrise sind auch die Länder
120 und die Kommunen gefragt.

121

122 Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und
123 FDP im Rat der Stadt Remscheid haben daher im Au-
124 gust 2022 den Antrag gestellt, einen Härtefallfonds ein-
125 zurichten, um denjenigen Haushalten zur Seite zu ste-
126 hen, die angesichts der explodierenden Energiepreise
127 drohen, in Zahlungsschwierigkeiten zu geraten. Die Ein-
128 richtung geschieht unter dem Vorbehalt, dass Bund und
129 Land keine ausreichenden Hilfsangebote schaffen. Zur
130 Finanzierung dieses Fonds wird die Gewinnausschüt-
131 tung der Stadtwerke aus 2021 an die Stadt herange-
132 zogen. Die Verwaltung wird gebeten, ihrerseits auf die
133 Mitgesellschafter der EWR zuzugehen und sie aufzufor-
134 dern, sich an einem solchen Fonds zu beteiligen. Stadt-
135 werke und Verwaltung beraten Verbraucherinnen und
136 Verbraucher zum sparsamen Umgang mit Strom und
137 Gas. Der Energiesparscheck der Caritas und die Beratun-
138 gen der Verbraucherzentrale sind hierbei unverzichtbare
139 Komponenten.

140

141 Auf der Ebene der Landespolitik bestünden vielfälti-
142 ge Möglichkeiten, Familien zu entlasten. Auch die Ein-
143 richtung eines Notfallfonds könnte Menschen, denen
144 Strom- und Gassperren drohen, finanziell absichern. Die
145 SPD-Fraktion hat bereits mehrere entsprechende An-
146 träge im Landtag gestellt, die Landesregierung ist aber
147 über einen Ausbau des Beratungsangebots für betroffe-
148 ne Haushalte nicht herausgekommen.

149

150 Die Mitgliederversammlung der SPD Remscheid sieht
151 angesichts der drohenden Notlage dringenden Hand-
152 lungsbedarf. Wir fordern daher die Bundesregierung
153 auf,

154

155 • Eine Gaspreisdeckel einzuführen, um eine Über-
156 lastung der betroffenen Haushalte zu verhindern,
157 sowie zur Finanzierung

158 • Eine Übergewinnsteuer bei Unternehmen, die
159 durch die aktuelle Krise besonders hohe Gewinne
160 einfahren, zu erheben.

161

162 Wir fordern die Landesregierung auf,

163

164 • Wirksame Maßnahmen zur Entlastung von Fami-
165 lien umzusetzen sowie

166 • einen Notfallfonds einzurichten, um Menschen,
167 denen Strom- und Gassperren drohen, finanziell
168 abzusichern.

169

170 Wir begrüßen die Initiative der Fraktionen der SPD, der
171 GRÜNEN und der FDP im Rat der Stadt Remscheid zur
172 Einrichtung eines Härtefallfonds für Haushalte, die we-
173 gen der hohen Energiepreise in Schwierigkeiten gera-
174 ten – falls keine entsprechenden Regelungen auf der
175 Bundes- oder Landesebene erlassen werden.

176

177 Wir halten es in erster Linie für eine bundes- und landes-
178 politische Aufgabe, sozialen Verwerfungen, die durch
179 die Energiepreiskrise und die Inflation drohen, entge-
180 genzuwirken. Die Kommunen dürfen nicht mit den not-
181 wendigen Unterstützungsmaßnahmen für in Not gera-
182 tene Menschen allein gelassen werden.

183

184 Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht die Leidtra-
185 genden einer Energiepolitik sein, die sich vorrangig an
186 den Interessen der Wirtschaft orientiert hat und die sich
187 letztendlich als problematisch erwiesen hat.